

Resolution der Mitgliederversammlung zur Benennung einer/ eines Beauftragten für den Islam

Die Integrationsräte in Nordrhein-Westfalen appellieren an die Bundesregierung, eine Beauftragte oder einen Beauftragten für den Islam zu benennen. Sie sehen großen Bedarf an einer Ansprechpartnerin bzw. einem Ansprechpartner für die Muslime, die einen bedeutsamen Teil der religiösen Vielfalt in Deutschland ausmachen.

Die Vertreterinnen und Vertreter der Menschen mit internationaler Familiengeschichte verweisen darauf, dass die Religionsfreiheit in Deutschland zu den Grundrechten gehört. Mit Stolz auf die rechtliche, aber auch moralische Grundlage unseres Zusammenlebens in Deutschland, wurde 2019 anlässlich des 70jährigen Jubiläums des Grundgesetzes auch das Recht auf freie Ausübung des Glaubens unterstrichen. Bundesweit profitieren 4,4 bis 4,7 Millionen Menschen muslimischen Glaubens von dieser Freiheit. Damit bildet der Islam nach dem Christentum die zweitgrößte Religionsgemeinschaft in Deutschland, bei der es sich zugleich um eine äußerst heterogene Gruppe handelt. Er umfasst eine große Bandbreite an Glaubensrichtungen und Lebenswelten.

Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundespräsident a.D. Christian Wulff haben mit ihren bedeutsamen Aussagen, der Islam gehöre zu Deutschland, gezeigt, dass Muslime selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft sind. Sie prägen das kulturelle Leben in Deutschland seit Jahrzehnten mit, engagieren sich in religiösen Vereinen und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen. Insbesondere Ehrenamtliche sorgen für ein umfangreiches Bildungs-, Betreuungs- und Freizeitangebot. Darüber hinaus berührt der muslimische Glaube zahlreiche Fragen des öffentlichen Lebens. So wird mittlerweile in einigen Bundesländern Islamunterricht an den Schulen angeboten. Auch gibt es die Möglichkeit, an verschiedenen Universitäten Islamische Theologie zu studieren. Der Bau von Moscheen oder die Einrichtung muslimischer Friedhöfe für Beisetzungen nach den Vorgaben des Islams sind weitere Beispiele dafür, dass das Heimisch-Sein des Islams in Deutschland weit über rein private Aspekte der Religionsausübung hinausgeht.

Zugleich ist das Thema Islam alles andere als konfliktfrei. Endlose Debatten über das Kopftuchtragen, islamistischen Terrorismus und eine vermeintliche deutsche Leitkultur erschweren das Zusammenleben. Muslime sind häufig Vorurteilen, Diskriminierungen und auch rassistischen Anfeindungen bis hin zu Anschlägen ausgesetzt. Von Islamophobie sind dabei auch Nicht-Muslime betroffen, die aus islamisch geprägten Ländern kommen oder schlicht aufgrund von Haut- oder Haarfarbe für muslimisch

gehalten werden. Der Bedarf an Austausch, Beistand und Hilfestellung ist also ganz offensichtlich groß. Sowohl die religiösen Verbände als auch der Staat sind auf eine gut funktionierende Kommunikation miteinander angewiesen. Das Format der Deutschen Islamkonferenz reicht hier nicht aus, zumal diese von vielen Muslimen kritisch gesehen wird. Es braucht eine unabhängige Stelle, deren Aufgabe es ist, sowohl Ansprechpartner für die Muslime zu sein als auch die Gesellschaft für ihre Belange zu sensibilisieren.

Zurzeit gibt es in Deutschland 38 Beauftragte der Bundesregierung oder Bundesbeauftragte für bestimmte Gruppen oder Themen. Die Notwendigkeit einer oder eines weiteren Beauftragten, die bzw. der als Schnittstelle zwischen der muslimischen Bevölkerung und der Politik dient, ist offenkundig. Um das Vertrauen zu fördern und islamfeindlichen Einstellungen entgegenzutreten, wäre die Einrichtung einer solchen Stelle nicht nur ein positives Zeichen für die Muslime in Deutschland, sondern ein wichtiges Signal für die Gesellschaft insgesamt.